

SWR >> KULTUR

SWR Kultur Glauben 16.11.2025

**Mit christlichen Werten gegen
Minderheiten?**

Die religiöse Rechte in Deutschland

Autorin Sophie Rebmann

Redaktion Ulrich Pick

SWR Kultur können Sie auch im **Webradio** unter www.swrkultur.de und auf Mobilgeräten in der **SWR Kultur App** hören oder als **Podcast** nachhören.

Bitte beachten Sie:

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

Ton Kristijan Aufiero, Profemina:

„Wir müssen zusehen, wie immer mehr Länder in Europa und in der Welt immer extremere Gesetze verabschieden, wie Schwangere in Not im Stich gelassen werden, wie es immer schwieriger wird, sich für Kinder zu entscheiden, und wie schwierig es ganz generell wird, überhaupt eine Familie zu gründen und über die Runden zu kommen.“

Ruth Heß, Studienzentrum der EKD:

„Man hat verstanden: Man kann die römisch-katholische Sexualmoral so oft predigen, wie man will, man drang nicht mehr durch damit. Und man hat sich das bewusst gemacht und hat dann nach alternativen Möglichkeiten gesucht, um aus der Defensive in die Offensive zu kommen. Und genau das ist passiert in den letzten dreißig Jahren.“

Kristina Stoeckl, Professorin LUISS-Universität

„Generell wird die moderne Gesellschaft als etwas gesehen, das abgelehnt wird, denn sie hat verschiedene Phänomene gefördert, die moralkonservative Christen kritisch sehen. Es geht also um ein ganzes Paket an Kritik an der aktuellen Gesellschaft und sagen wir es tatsächlich so, an der liberalen Demokratie, die ja auch auf diesen Entwicklungen ruht.“

Mit christlichen Werten gegen Minderheiten? Die religiöse Rechte in Deutschland. Eine Sendung von Sophie Rebmann

Blasmusik

Ein Samstag Anfang Mai 2025. In München ist „Marsch für das Leben“. Auf dem Königsplatz, einem weitläufigen von klassizistischen Bauten gesäumten Platz, haben sich etwa 2.000 Menschen eingefunden: Junge Erwachsene, ältere Paare und viele Eltern mit Kindern. Für sie steht neben der Bühne eine Hüpfburg bereit. Auf der Bühne spielt eine Blaskapelle: Bayerische Festtagsstimmung.

TON Roxane Köhler, Jugend für das Leben

„Das Recht auf Leben ist ja das fundamentalste Menschenrecht. Und deshalb ist es mir so wichtig eben, bei Beginn anzufangen, dass alle anderen Menschenrechte, die darauf aufbauen, auch weiterhin bestehen bleiben. Vor allem auch in der jetzigen Zeit, wo es nicht mehr für normal hingenommen wird, dass Menschenrechte so wichtig sind.“

Erzählt Roxane Köhler an einem der Stände am Rand der Veranstaltung. Roxane ist Vorsitzende der „Jugend für das Leben“, dem Jugendverband der „Aktion Lebensrecht für Alle“, kurz ALFA, der größten deutschen Organisation, die sich gegen Abtreibungen und Sterbehilfe einsetzt.

Köhler ist seit drei Jahren bei der *Jugend für das Leben* aktiv.

TON Roxane Köhler

„Ich habe schon so oft von schwangeren Frauen gehört, die dann abgetrieben haben, dass sie das Kind so, so gern bekommen hätten, aber sie niemand an der Hand genommen hat. Und deshalb ist es mir so eine Herzensangelegenheit, dass wir den Frauen Alternativen aufzeigen, dass eine Abtreibung nicht diese Notlösung sein muss.“

Die Marschteilnehmer betonen, ihr Engagement gegen Abtreibung sei ein Engagement *für* die schwangeren Frauen, die ihre Kinder eigentlich behalten wollen, aber keinen anderen Ausweg sehen. Und für die Schwangerschaft, sie sprechen von „ungeborenem Leben“.

Der Schutz des ungeborenen Lebens ist eine zutiefst christliche Position, die vor allem von der katholischen Kirche betont wird. Die meisten der Anwesenden sind Christen, tragen Goldkreuze um den Hals oder einen Rosenkranz in der Hand. Auch kirchliche Vertreter unterstützen den Marsch: Der Passauer Bischof Stefan Oster und Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki per Grußwort. Der Regensburger Bischof läuft mit, und wird die Menge am Ende segnen.

Auf der Bühne richtet sich nun der erste Redner an die Marschteilnehmenden, Kristijan Aufiero. Er ist Geschäftsführer einer christlichen Beratungsorganisation für Frauen, die sich gegen Abtreibungen einsetzt: Profemina. In dieser Funktion hatte Aufiero im Februar auch im Bundestag gesprochen, auf Einladung der AfD. Auf dem Münchner Königsplatz, unter Gleichgesinnten, fühlt er sich wohler:

TON Kristijan Aufiero, Profemina

„Heute möchte ich im Gegensatz zum Rechtsausschuss im Deutschen Bundestag nicht um den heißen Brei herumreden. Ich will mit aller Klarheit sagen, es muss sich etwas verändern in diesem Land und in ganz Europa. Seit fünfzig Jahren jetzt rennen wir einem besseren Lebensschutz hinterher. Seit fünfzig Jahren kämpfen wir dafür, dass Schwangere in Not mehr Hilfe statt Abtreibung bekommen, und seit fünfzig Jahren müssen wir dabei zusehen, wie das grundlegendste Menschenrecht von allen, nämlich das Recht auf Leben, immer mehr ausgehöhlt und mit Füßen getreten wird.“

Besonders schwierig empfindet Aufiero die derzeitige Situation für Familien:

TON Kristijan Aufiero, Profemina

„Wir müssen zusehen, wie immer mehr Länder in Europa und in der Welt immer extremere Gesetze verabschieden, wie Schwangere in Not im Stich gelassen werden, wie es immer schwieriger wird, sich für Kinder zu entscheiden und wie schwierig es ganz generell wird, überhaupt eine Familie zu gründen und über die Runden zu kommen.“

Viele der selbsternannten „Lebensschützer“ seien aus Überzeugung aktiv, beobachtet Kristina Stoeckl, Professorin für Soziologie an der LUISS-Universität in Rom, die sich eingehend mit der Lebensrechtsbewegung auseinandergesetzt hat. Im Namen des Lebensschutzes agiere eine internationale, gut vernetzte Lobby mit viel Geld und rechtsextremistischen Tendenzen, so Stoeckl. Sie spricht von moralkonservativen Christen. Und diese bemühen neben dem Schutz der Frau eine Reihe weiterer Themen, wie etwa die Gefährdung des traditionellen Familienmodells.

TON Kristina Stoeckl

Generell wird die moderne Gesellschaft als etwas gesehen, das abgelehnt wird, denn sie hat verschiedene Phänomene gefördert, die die moralkonservative Christen kritisch sehen. Allen voran die Säkularisierung, also die Abnahme der Zentralität von Religion im sozialen Leben, Individualisierung, also größere individuelle Freiheiten, vor allem für Frauen in ihrer sexuellen Selbstbestimmung oder auch in ihrer Arbeitswahl. Die Kritik geht aber auch weiter, hin zu einer Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft und Wirtschaftsordnung, die es zum Beispiel Paaren nicht mehr so einfach macht, eine traditionelle Rollenaufteilung zu leben, mit nur einem Verdiener und einer Frau, also meistens die Frau, die im Haushalt

bleibt. Es geht also um ein ganzes Paket an Kritik an der aktuellen Gesellschaft und sagen wir es tatsächlich so, an der liberalen Demokratie, die ja auch auf diesen Entwicklungen ruht.

Ruth Heß ist theologische Studienleiterin im Studienzentrum der EKD für Genderfragen in Kirche und Theologie. Sie spricht von der Antigender-Bewegung, weil sich deren Mitglieder am Begriff „Gender“ abarbeiten.

Ton Ruth Heß, Studienzentrum der EKD:

„Man hat das Fachwort im Grunde zu einem Stigma-Wort umgewandelt und hat dadurch den Effekt erzielt, dass man so eine Art Abfallkorb geschaffen hat, in das man alle gesellschaftspolitischen, geschlechterpolitischen Projekte, die man nicht gut fand, reinwerfen konnte und sie waren damit politisch sozusagen schon auf dem Abstellgleis gelandet, ohne dass man sie noch im Einzelnen diskutieren musste.

Die Anfänge der Bewegung beobachtet Ruth Heß in den 1990ern, als Reaktion auf die Weltfrauenkonferenz in Peking im Jahr 1995. Damals wurde eine Reihe geschlechterpolitischer Liberalisierungen beschlossen, die bei der Konferenz realpolitisch ausgestaltet werden sollten.

Ton Ruth Heß, Studienzentrum der EKD:

„Dagegen wollte man angehen und hat das eben nicht durch eine politische Diskussion im Einzelnen versucht, sondern eben durch diese Weise, „Gender“ als eine monströse Bedrohung im Grunde ins Werk zu setzen. [...] Man hat einfach verstanden, dass man mit moralischen Rückzugsgefechten nicht mehr weiterkommt. Man kann die römisch-katholische Sexualmoral so oft predigen, wie man will, man drang nicht mehr durch damit.

Und man hat sich das bewusst gemacht und hat dann nach alternativen Möglichkeiten gesucht, um aus der Defensive in die Offensive zu kommen. Und genau das ist passiert in den letzten dreißig Jahren. Und jetzt sind die liberalen Kräfte in der Defensive und müssen sich die Frage stellen, wie reagieren wir denn jetzt darauf.“

Dabei sehen sich die Anhänger der Antigender-Bewegung weiterhin in der Defensive – so klingt es auch beim Marsch für das Leben an:

Ton Kristijan Aufiero, Profemina:

„Seit 50 Jahren sind wir in der Defensive und seien wir ehrlich, seit 50 Jahren verlieren wir bis auf seltene Ausnahmen eine Schlacht nach der anderen.“

Kristijan Aufiero sind neben der Kritik an der liberalen Familienpolitik auch andere Themen wichtig. Er ist Herausgeber der erzkonservativen Onlinezeitschrift „Corrigenda“. Darin warnen Autoren vor der „Islamisierung Europas“, vor „Massenmigration“ und „woker Unkultur“.

Die Szene der Lebensschützer ist anschlussfähig nach rechts. Zum Marsch für das Leben hatten auch Vertreter der AfD aufgerufen. Die Teilnehmenden scheint das nicht zu stören:

TON Marschteilnehmer

„Ob rechts oder links ist ja gar nicht entscheidend bei der Frage. Ich trete ja für das Leben ein und nicht, ob ich links oder rechts bin. Das hat mit der Frage eigentlich nichts zu tun. Das wird nur von den Medien so dargestellt.“

Wer die Veranstaltung genau verfolgt, merkt allerdings recht schnell, dass die politische Klassifizierung von „links“ und „rechts“ sehr wohl eine Rolle spielt und auch immer wieder benannt wird.

Am auffallendsten am Stand der TFP, der Organisation „Tradition Familie Privateigentum“. Sie ist Ableger einer in den 1960ern in Brasilien gegründeten Organisation und befasst sich in Deutschland nach eigenem Bekunden mit – Zitat – „der moralischen Krise [...], die die Überreste der christlichen Zivilisation erschüttert.“

Am Stand der TFP in München stehen nur jungen Männer. Sie tragen Hosen mit Bügelfalten, akkurat gescheitelte Haare und jeder eine rote Schärpe über der Schulter, auf der ein goldener Löwe angesteckt ist. Der Kopf des Löwen richtet sich nach links: Von dort komme schließlich die Gefahr, erklärt einer der Männer einer älteren Dame, die sich über ihre Kleidung wundert.

Auch die Bücher, die auf dem Tisch hinter ihnen ausliegen, erwecken den Eindruck, als gehe es gesamtgesellschaftlich derzeit um einen entscheidenden Richtungskampf: Höllenfeuer und maskierte Menschen sind auf den Titelbildern ebenso zu erkennen wie rigide Titel – beispielsweise „Blasphemie – Angriff auf Kultur und Christentum“ oder „Der Kampf ums Leben! Abtreibungslobby contra Lebensrechtler.“ Herausgegeben und geschrieben wurden sie von Mathias von Gersdorff, dem Vorsitzenden der TFP, der sich am Stand im Hintergrund hält. Die religiöse Rechte wähne sich nicht nur im Kulturkampf – sie befeuere ihn sogar, sagt Ruth Heß vom Studienzentrum der EKD für Genderfragen. Denn die Mitglieder würden eine scharfe Trennung machen zwischen wir und wie, Freund und Feind, Überleben und Untergang und dabei teils apokalyptische Szenen zeichnen. Alles mit dem Ziel, heftige Affekte auszulösen:

Ton Ruth Heß, Studienzentrum der EKD:

„Also Angst davor, dass Eliten uns umerziehen wollen. Oder Wut auf Minderheiten, die vermeintlich bevorzugt werden. Oder Ekel vor homosexuellen Menschen, die ihre Sexualität angeblich in der Öffentlichkeit zu sehr breittreten. Und so weiter und so fort. Also Affekte, Emotionen, die sehr, sehr stark sein können und die darauf ausgelegt sind, dass, wenn ich von denen ergriffen werde, mein Denken erstmal aussetzt. Also wenn ich von einer heftigen Angst, von einer heftigen Panik, von einem Ekel überkommen werde oder auch von einer Wut, von Verachtung und Häme, dann ist mein Denken erst mal in den Hintergrund getreten.“

Diese Emotionalisierung mache eine sachliche Debatte unmöglich. In München enden die Reden, der Marsch für das Leben setzt sich in Bewegung. Die jungen Männer der TFP laufen ganz am Ende des Zugs, aus ihrem Megafon erklingt nicht nur das Rosenkranzgebet:

Atmo Megafon:

„Beten und handeln Sie, um die Sünde der Abtreibung zu beenden.“

„Wenn Sie Deutschland lieben, verteidigen Sie das unschuldige Leben.“

In der religiösen Rechten werden solche Motive immer wieder bemüht, beobachtet Kristina Stoeckl von der LUISS-Universität in Rom:

TON Kristina Stoeckl, LUISS-Universität Rom

„Es geht diesen Kreisen zum Teil sicher tatsächlich um Bevölkerungswachstum, also um das Erhalten einer deutschen und nennen wir es so einer deutschen ethnischen weißen Bevölkerung, und es geht eben gerade nicht darum, vor allem in den moralkonservativen Kreisen generell Geburten zu fördern, sondern eben deutsche Geburten zu fördern und dafür steht genau dieser Slogan, der auf diesen Märschen fürs Leben verwendet wird.“

Damit stellt die Soziologin die christliche Rechte in die unmittelbare Nähe zur rassistischen Verschwörungstheorie vom „Großen Austausch“, die sich auch im Umfeld der AfD findet. Demnach wollen nicht näher definierte Machteliten die europäische Bevölkerung gezielt durch Migranten ersetzen.

ATMO Gegendemo:

„Ihr könnt es schon hören, man erkennt die Fundis an ihrer schießtraditionellen Blasmusik! Wir zeigen ihnen, was wir von ihnen halten: Nämlich nichts!“ „Fundis verpisst euch, keiner vermisst euch! ...“

In Ruhe können die selbsternannten „Lebensschützer“ nicht durch München gehen. Eine Gegendemonstration versperrt ihnen den Weg: Mit lilafarbenem Rauch, lauter Musik und selbstgebastelten Plakaten plädieren sie für ein Recht auf Abtreibung. Der Großteil der Deutschen sieht das so: 78 Prozent der Bundesbürger sprechen sich für einen legalen Schwangerschaftsabbruch bis zur zwölften Woche aus. Das geht aus einer repräsentativen Umfrage des Bundesfamilienministeriums von 2024 hervor.

Musik

September 2024 in Pforzheim. Gegenüber von der Familienberatungsstelle Pro Familia stehen fünf Frauen auf dem Gehsteig, alle einen Rosenkranz in der Hand und ein Plakat um den Hals. Darauf Abbildungen von Babys und die Aufschrift: Nimm meine Hand, nicht mein Leben. Zwei Mal im Jahr steht die Gebetsgruppe am Straßenrand, im Rahmen der in den USA initiierten, globalen Kampagne „Forty Days for Life“, Vierzig Tage für das Leben.

Rebecca, Anfang zwanzig, blond und in einem dicken Mantel, ist zum ersten Mal dabei: Öffentlich vor Pro Familia zu beten, sei ein Zeichen besonderen Mutes:

TON Rebecca, Betende Frau

„Jeder kann für sich zuhause für sich beten, einen Rosenkranz oder irgendwas, für die Ungeborenen. Das kann man jeden Tag. Aber sich hier hinzustellen ist halt, weil Gott uns den Mut gegeben hat, weil Gott unser Herz berührt hat. Und mein Studium beginnt erst am 15.10., deswegen hab‘ ich noch jeden Tag Zeit.“

Dass sie ausgereicht vor einer Filiale von Pro Familia demonstrieren, hat für die fünf Frauen einen klaren Grund: In der Familienberatungsstelle können sich Schwangere über die Möglichkeiten und Folgen von Abtreibungen informieren. Nur mit einem Beratungsschein einer solchen Beratungsstelle können Frauen in Deutschland eine Abtreibung vornehmen lassen. Pro Familia sei für Abtreibungen, sagen die betenden Frauen daher. Sie *müssten* diese Aktion durchführen, weil nur *sie* für das ungeborene Leben einstünden. Dabei werden die Gespräche ergebnisoffen geführt, sagt Pro-Familia-Beraterin Regine Arlt.

Die betenden Frauen würden sie in ihrer Arbeit einschränken:

TON Regine Arlt, Pro Familia

„Das ist ja nicht so, dass die Frauen keine Liebe zu den Kindern haben. Aber manchmal sind die Lebensumstände einfach so, dass man sie nicht so schnell ändern kann. Und dann so stigmatisiert zu werden, so einem Appell ausgesetzt zu sein, ohne dass jemand fragt: Was ist mit dir los? Das ist so ein Hohn! Und das tut auch so weh. Wenn die Frauen kommen, dann muss ich diese Emotion erst versorgen, bevor ich überhaupt ins Thema einsteigen kann, wenn ein Abbruch notwendig ist: wie können Komplikationen vermieden und geringgehalten werden oder welche Hilfsmöglichkeiten bräuchte oder gäbe es, wenn ein Kind ins Leben käme, was ja eigentlich mein Auftrag und meine Aufgabe ist und was ich ja auch wirklich gerne mache.“

Den ungewollt schwangeren Frauen falle der Weg zur Beratung durch die Präsenz der Demonstrantinnen unnötig schwer. Das bestätigt auch eine der Betroffenen, die aufgrund ihrer Kindheitserfahrung solche psychischen und körperlichen Probleme habe, dass sie kein Kind austragen und schon gar nicht umsorgen könne.

Ihre Stimme ist nachgesprochen:

TON Schwangere (anonymisiert)

„Als ob man das so aus Jux und Tollerei macht, macht man ja auch nicht. Das geht einem schon nahe, wenn man das machen muss. Man denkt ja drüber nach, automatisch. Da braucht man die nicht dafür.“

Ob Rebecca und die anderen Mitbeterinnen nachvollziehen können, dass sich Pro Familia und die betroffenen Frauen von ihnen gestört und verurteilt fühlen?

TON Rebecca

„Ich kann schon ... nee, ich will mich dazu net äußern.“

Nicht nur in Pforzheim stehen solche Gebetsgruppen, auch in München oder Frankfurt protestieren sie – und zahlreiche Ärztinnen und Ärzte, die Abtreibungen anbieten, berichten von Schmierereien an Praxen, Hassmails oder beleidigenden Briefen. Die Stadt Pforzheim versuchte, gegen die Gruppe vorzugehen und verbot ihr, vor der Beratungsstelle zu beten. Aber die selbsternannten Lebensschützer klagten bis zum Bundesverwaltungsgericht gegen die Stadt und bekamen Recht.

Unterstützt wurden sie von der Anwaltsfirma „Alliance Defending Freedom International“, kurz: ADF. Felix Böllmann, Leiter der Europäischen Rechtsabteilung von ADF, betont, dass die Gruppe lediglich still gebetet und ein Banner hochgehalten haben.

TON Felix Böllmann, ADF

„Das unterfällt der Religions- und Glaubensfreiheit. Und ich sehe gar keinen Grund, warum man das nicht dürfen soll. Man darf öffentlich oder nicht öffentlich, allein oder mit anderen seinem Glauben, seiner Überzeugung, Ausdruck verleihen in Deutschland. So ist das rechtlich nach dem Grundgesetz und nach der Europäischen Menschenrechtskonvention geregelt. Und das machen die da. Und deswegen haben wir gesagt, okay, das soll denen da verboten werden. Also unterstützen wir die.“

Betroffenen ein schlechtes Gewissen zu machen, sei sicher nicht das Ziel gewesen, so Böllmann. Aber es gehe nun mal mit der Aktion einher:

TON Felix Böllmann, ADF

„Das ist ein Dilemma. Und da müssen wir als Gesellschaft einfach klarkommen. Was muss ich mit ansehen, was muss ich mich aussetzen? In dem konkreten Pforzheimer Fall habe ich jetzt überhaupt gar keine Bedenken, weil, die waren auf der anderen Straßenseite. Und später, als es diese Auflagen gab, waren sie noch nicht einmal direkt gegenüber, sondern sie waren 100 Meter weiter weg. Das heißt, wenn ich da vorbeigehen muss und habe ein schlechtes Gewissen, ist es vielleicht auch was, womit ich dann einfach klarkommen muss. So unangenehm das ist, das will ich gar nicht in Abrede stellen. Aber ich glaube weder, dass es das Ziel der Gruppe war, noch glaube ich, dass man das nicht aushalten können muss. Das ist dann halt so.“

ADF International stammt aus den USA und setzt sich der eigenen Webseite zufolge für „Religions- und Meinungsfreiheit, den Schutz des Lebens und der Familie“ ein. ADF ist ein Teil der dortigen christlichen Rechten, der es unter anderem gelang, unter Berufung auf die Religionsfreiheit auch Antidiskriminierungsgesetze aufzuweichen. Ihr Einfluss in Europa wächst derzeit sehr stark: So setzte ADF 2021 in Europa rund 4,8 Millionen Euro ein. Das ist gut doppelt so viel wie noch 2018.

Dahinter steckt laut der Soziologin Kristina Stoeckl ein klares Ziel:

TON Kristina Stoeckl

„Es geht vor allem darum zu sagen, dass der Menschenrechtsdiskurs kein universeller ist, sondern eigentlich ein partikularer. Dass also der Westen einen Partikulardiskurs führt, der bestimmte sexuelle Minderheiten bevorzugt, der Frauen bevorzugt, der gesellschaftliche Bereiche wie zum Beispiel die Familie benachteiligt.“

Und in dem Moment, in dem mal im Raum steht, dass der universelle Menschenrechtsdiskurs, den wir ja für universal hielten, eigentlich ein partikularer ist und dass es einen Gegendiskurs geben kann, ist der Debattenraum geöffnet. Und das ist das Ziel. Einen Debattenraum zu öffnen, in dem wir sagen, okay, ihr seid für diese Menschenrechte, wir sind für die anderen.“

Musik

Atmo Ausschuss

„Einen schönen Nachmittag Ihnen allen. Herzlich willkommen, hier im Anhörungssaal, ich eröffne damit die 133. Sitzung des Rechtsausschusses...“

Februar 2025. Der Bundestag diskutiert die gesetzliche Neuregelung von Abtreibungen. Kristijan Aufiero, Geschäftsführer der christlichen Beratungsfirma „Profemina“, tritt als Experte im Sachverständigenrat des Rechtsausschusses auf. Und die Bundesvorsitzende der „Aktion Lebensrecht für Alle“, kurz ALFA, Cornelia Kaminski, ruft auf Instagram dazu auf, den Abgeordneten zu schreiben.

TON Cornelia Kaminski, ALFA

„Die Stimmen aus der Bevölkerung sind ganz, ganz wichtig. Ich bitte Sie daher dringend: Kontaktieren Sie ihren Bundestagsabgeordneten, schreiben Sie ihn persönlich an, bitten Sie ihn darum, sich stark zu machen für das Recht auf Leben. Sagen sie ihm, Sie werden ihre Stimme demjenigen geben, der seine Stimme den ungeborenen Kindern gibt.“

Tatsächlich berichten Abgeordnete, solche Zusendungen regelmäßig zu erhalten. CDU- und CSU-Mitglieder bezogen sich in der Plenardebatte teils auf den Inhalt solcher Zuschriften. Welchen Einfluss sie auf die Abstimmung hatten, lässt sich nicht sagen. Die Neuregelung des Abbruchs jedenfalls wurde gekippt.

11. Juli 2025:

Atmo: Plenardebatte

„Dass wir in den letzten Tagen eine Hetzkampagne erlebt haben - Empörungsrufe im Saal – gegen eine hochangesehene Staatsrechtslehrerin, eine hochangesehene Juristin, die fachlich über jeden Zweifel erhaben ist – Empörungsrufe & Applaus – und dass diese Hetzjagd, die wir erlebt haben...“

Im Bundestag scheidet die Wahl von drei neuen Richtern für das Bundesverfassungsgericht, weil Abgeordnete der CDU/CSU nicht für die Kandidatin Frauke Brosius-Gersdorf stimmen wollen. Über Wochen war gezielte Stimmung gegen sie gemacht worden. Sie wolle die Abtreibung von Kindern bis kurz vor der Geburt erlauben, sei eine Linksextreme – lauteten einige der Unterstellungen. Auch Cornelia Kaminski und Kristijan Aufiero haben die Debatte orchestriert. Am Tag der gescheiterten Wahl jubelt Cornelia Kaminski vor dem Parlament:

TON Cornelia Kaminski, ALFA

„Bei uns knallen heute Abend die Sektkorken! Wir haben es wirklich mit unserem Einsatz geschafft, Brosius-Gersdorf ist endgültig verbrannt. Sie wird keine Richterin am Bundesverfassungsgericht werden. Ich glaube, das können wir heute mit Sicherheit sagen.“

Wir haben allen Grund zur Freude und ich habe allen Grund, Ihnen allen von Herzen zu danken für das großartige Engagement in den letzten zwei Wochen.“

Frauke Brosius-Gersdorf gibt wenig später ein einstündiges ZDF-Interview. Sie berichtet von Morddrohungen und Einschüchterungsversuchen, von Nazi-Vergleichen und einer Onlinehetzjagd, die ihr sichtlich zu schaffen macht. Kurz darauf zieht sie ihre Kandidatur zurück.

Musik

Inzwischen erschließt die christliche Rechte neue Themen, wie Stoeckl und Heß beobachten:

TON Kristina Stoeckl, LUISS-Universität Rom

„Die Ablehnung von Rechten für homosexuelle Menschen, zum Beispiel die Ablehnung der gleichgeschlechtlichen Ehe. Es gibt aber auch Bereiche, an die man in erster Linie vielleicht gar nicht denkt, zum Beispiel Unterricht, das Recht auf Heimunterricht, also völlig aus dem staatlichen Schulwesen auszusteigen.“

TON Ruth Heß:

„Der neueste Trend oder die neueste Wendung hat eben jetzt Transgeschlechtlichkeit als KampftHEMA in die Mitte der politischen Arena geschleudert, mit wirklich sehr, sehr, sehr fatalen Folgen. Das zeigen alle empirischen Studien, was die Einstellung der Bevölkerung zu Transpersonen betrifft.“

Noch sei die Bewegung bei weitem nicht so groß und erfolgreich wie etwa in den USA oder in Russland, betont Ruth Heß. Und doch dürfe man sie nicht unterschätzen:

TON Ruth Heß

Man sieht eindeutig, dass es diese Versuche der Einflussnahme gibt. Und entscheidend werden die konservativen Parteien sein. [...] überall da, wo sie sozusagen schon auf vorhandene politische Parteien treffen, die ansprechbar dafür sind, werden sie umso mehr den Fuß in die Tür bekommen und ihre Anliegen auch hierzulande verstärkt vortragen können.“

Es gelte vor allem, die Debatten zu hinterfragen, kritisch und sachlich zu bleiben.

TON Kristina Stoeckl, LUISS-Universität Rom

Moralkonservative Gruppen operieren ganz oft mit übertriebenen Geschichten der negativen Folgen liberaler Menschenrechtspolitik. Es ist ganz wichtig, bei solchen Debatten immer im Hier und Jetzt zu bleiben und sich zu fragen, worum geht es eigentlich in der Gesellschaft, in der ich lebe, was sind die anstehenden Probleme. Und ich glaube, wenn man darauf immer wieder hinweisen kann, dann wäre schon sehr viel getan. Also dieses Aufbauschen von Kulturkriegen zu vermeiden.

Absage

In SWR Kultur - Glauben hörten Sie eine Sendung von Sophie Rebmann:

Mit christlichen Werten gegen Minderheiten? Die religiöse Rechte in Deutschland

Redaktion: Ulrich Pick